

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 411 04. Juni 2008

14. Jahrgang

Who is Who - Kräftemessen in der Regierung von Álvaro Colom

Die Regierung von Álvaro Colom und seine Partei der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) ist ein Verbund widersprüchlicher Kräfte und Interessen, in dem auch bald fünf Monate nach Amtsantritt ein Kampf um Vorherrschaft und Macht stattfindet. Vorläufig haben der Präsident und die ihm nahestehenden Personen noch die Oberhand, doch ist dies eine Momentaufnahme, denn gleichzeitig gärt es innerhalb der Partei- und Regierungsstrukturen, und es gibt einzelne Personen und Gruppen, die dezentrale Kräfte bilden. Während der Wahlkampagne traten diese Kräfte noch geeint auf und bildeten eine Allianz, weil sie das gemeinsame Ziel hatten, die Wahlen zu gewinnen. Jetzt hingegen, wo sie die Regierung bilden, verändern sich die Prioritäten der verschiedenen Gruppierungen, und es geht darum, wer das grösste Stück vom Kuchen bekommt. Der folgende Artikel gibt einen Überblick über die verschiedenen Sektoren, die Álvaro Colom zur Macht verholfen haben und nun Anspruch auf ihren Teil des Gewinns erheben (Ausschnitte aus: El Observador 11/12, Februar bis April 2008).

Die Exekutive

Die wichtigste Gruppe bewegt sich im näheren Umfeld von Álvaro Colom und seiner Ehefrau Sandra Torres Casanova. Ihr Aktionsrahmen ist die Exekutive. Die Mitglieder dieser Gruppe arbeiten in jenen Ministerien oder Institutionen, die für die Regierung wichtig sind zur Durch- und Umsetzung ihrer angekündigten Sozialpolitik. Dazu gehören unter anderem der kürzlich eingesetzte *Rat für soziale Kohäsion und demokratische Entwicklung*, die Sozialfonds und das *Sekretariat für soziale Werke der Präsidentengattin* (SOSEP). Es sind Leute, die sich selber als SozialdemokratInnen bezeichnen, ehemalige Militante oder SympathisantInnen der nicht mehr existierenden *Sozialdemokratischen Partei Guatemalas* bzw. der ebenfalls aufgelösten *Christdemokratischen Partei*, also jene, die letzten Endes die logischen AnhängerInnen von Colom (der sich auch Sozialdemokrat nennt) und der UNE sein sollten. Dazu gehören z.B. Luis Zurita (Sekretär für Interinstitutionelle Beziehungen), Oscar Figueroa (Leiter des Planungssekretariats, SEGEPLAN) oder Fernando Fuentes Mohr, Berater des Präsidenten, aber auch der aktuelle Außenminister Haroldo Rodas sowie der Arbeitsminister Edgar Rodríguez und Intellektuelle wie der Ex-Rektor der *Universität San Carlos* und heutiger Agrarminister Luis Leal oder Edgar Balsells, Anwalt und ehemaliges Mitglied der Wahrheitskommission CEH. Dieser Gruppe gehören aber auch ehemalige Mitglieder der Linksparteien *Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas* (URNG), *Allianz Neue Nation* (ANN) und *Encuentro por Guatemala* an, wie z.B. der Ökonom Juan Alberto Fuentes Knight als Finanzminister oder Carlos Barreda und Orlando Blanco als Vertreter der sozialen Organisationen, die heute als Menschenrechtsfachmänner in der Regierung sitzen.

Es gibt eine zweite Gruppierung, die sich auch in der Exekutive bewegt und ebenfalls Colom nahesteht, deren Mitglieder aber alles andere als sozialdemokratische Wurzeln haben oder gar aus der Linken stammen, sondern UnternehmerInnen und VertreterInnen transnationaler Konzerne sind. Sie haben den politischen Werdegang von Colom seit seinem Austritt aus der ANN finanziert. Dazu gehören Männer wie Carlos Meany, der als Energieminister amtiert, Jeronimo Lancerío, der als einziger Indígena in Coloms Kabinett den Posten des Kulturministers innehat, oder der Ex-General und Vieh- und Rassepferdezüchter Carlos Quintanilla, heute Leiter des Sicherheitssekretariats SAAS und zuständig für die persönliche Sicherheit des Präsidenten und seiner Familie. Ihm wird nachgesagt, er sei "der Schatten des Präsidenten" und wache sehr genau über sein Tun. Über den Vizepräsidenten Rafael Espada übt auch die Handelskammer ihren Einfluss auf die Regierung aus, ist doch Espadas Bruder, Carlos Vielmann, ein ehemaliger Präsident der Handelskammer (und Ex-Innenminister unter der Regierung Berger, aus der er wegen des Skandals um die Ermordung der drei PARLACEN-Abgeordneten letztes Jahr zurücktreten musste).

Die Legislative

Eine dritte Machtgruppe innerhalb der Regierung von Álvaro Colom agiert aus dem Kongress und scharft sich um den wiedergewählten Abgeordneten und Kongresspräsidenten Eduardo Meyer Maldonado. Der Traumologe war Anfang der 90er Jahre ebenfalls Rektor der *Universität San Carlos*. Eng mit ihm verbandelt ist der ebenfalls wiedergewählte Abgeordnete César Fajardo, der im Jahr 2006 die Parlamentarische Wahl-

kommission präsierte, welche die Wahlreformen erarbeitete, die bei den Wahlen 2007 in Kraft traten und z.B. die Mindestmitgliederzahlen für Parteien erhöhte, damit diese überhaupt zu den Wahlen antreten konnten. Fajardo wird nachgesagt, er habe enge Beziehungen zu ehemaligen Hardlinern des Militärs und zu Gruppen des organisierten Verbrechens. Diese These wurde von José Carlos Marroquín, dem ehemaligen Leiter von Coloms Wahlkampagne verbreitet, der in einem ernsthaften Disput mit Fajardo stand und diesem die Verantwortung für ein Attentat gegen ihn und seine Familie anlastet. Fajardo wurde danach auf Anordnung von Colom als oberster Wahlleiter der UNE und Ansprechperson der Partei gegenüber dem Wahlgericht abgesetzt. Doch kaum war Colom gewählt, erschien Fajardo wieder an seiner Seite. Kürzlich war er während einer Parlaments-sitzung fast in handgreifliche Auseinandersetzung mit dem Fraktionspräsidenten der UNE, Mario Taracena, verwickelt.

Eine andere UNE-Abspaltung innerhalb des Kongresses gruppiert sich um Manuel Baldizón Tager, ein Unternehmer aus dem Petén, der einer einflussreichen Handelsfamilie in jenem Departement entstammt. Baldizón hat sich den Kampf für höhere Renten für die älteren Generationen auf die Fahne geschrieben und gehört der Finanzkommission des Kongresses an. Um ihn schart sich eine Gruppe von 15 - 20 Abgeordneten, die ihm hörig sind. Seine Loyalität dem Präsidenten und der UNE gegenüber hängt davon ab, ob seine politische Rechnung aufgeht und er die Führung der Partei übernehmen kann, wenn diese dann vom Alltagsgeschäft verbraucht ist, oder ob er besser daran tut, sich mit anderen Kräften innerhalb der Partei zusammenzuschließen, um seine künftigen Präsidentschaftsambitionen zu pflegen. In dieser opportunistischen Rolle kann er für Colom eine einigende Schlüsselperson sein, kann aber auch zum drückenden Stein im Schuh werden, sollte er beginnen, seine eigene Suppe zu kochen.

Eine weitere Gruppe von UNE-Abgeordneten, die eine Einheit innerhalb des Kongresses bilden, haben dem Präsidenten nahegelegt, die Verstaatlichung der zwei privaten Stromverteilungsunternehmen in Betracht zu ziehen, was Colom jedoch ablehnte. Daneben gibt es noch ein paar dem Präsidenten nahestehende Abgeordnete, die als Einzelpersonen auftreten wie

z.B. der bereits erwähnte Mario Taracena, Roberto Kestler oder Roberto Alejos, der Eduardo Meyer Maldonado die Präsidentschaft des Kongresses streitig machen will.

Was hier klar ersichtlich wird ist, dass es innerhalb der UNE-Abgeordneten an einer Person fehlt, die das Ganze zusammenhalten und eine gewisse Einigkeit und Ruhe in die Fraktion bringen könnte. Auch gibt es niemanden, nicht einmal den Präsidenten selber, der von ausserhalb Einfluss auf die UNE-Abgeordneten hat. Es fehlt sowohl an politisch verlässlichen Personen wie auch an einer Figur, welche die Brücke zwischen Legislative und Exekutive bilden könnte. Im Gegenteil: ein Teil der Abgeordneten äusserte deutlich ihr Missfallen darüber, dass der Präsident ihnen nach gewonnenen Wahlen nicht einen Job in irgendeinem Ministerium angeboten und von vornherein Quoten und jegliche familiären oder geographischen Begünstigungen ausgeschlossen hat.

Ein weiterer Machtpol innerhalb der Regierung der UNE dreht sich um die Bereiche Sicherheit, Militär und Verteidigungsministerium. Diese Gruppe hat aber keine klare Interessensvertretung wie z.B. der Wirtschaftsverband CACIF oder die Handelskammer, sondern sie agiert meist unabhängig oder im kleinen Kreis.

Die neue Regierung befindet sich in einer Zeit der Justierung und der Umjustierung, in der es sehr darauf ankommt, wie Colom mit dem Druck umgeht, der von verschiedenen Seiten innerhalb der Partei auf ihn ausgeübt wird. Es ist eine Zeit der Standortbestimmung und Standortneubestimmung, ein Prozess des Definierens und Umdefinierens innerhalb der Strukturen der Partei. Das Zentrum der Macht innerhalb der Regierung ist weder Colom noch seine Ehefrau Sandra Torres. Es sind auch nicht die PolitikerInnen und Fachleute, die sich als SozialdemokratInnen bezeichnen, ebenso wenig wie es die Ex-Militanten der Linken, die AktivistInnen der sozialen Bewegungen oder die Zugewanderten der linken Parteien wie der ANN oder der URNG sind.

Eine Gruppe, die offensichtlich ein Zentrum der Macht bildet, sind die Financiers der Wahlkampagne von Colom, von denen einige wichtige Posten innerhalb der Regierung einnehmen. Ihre Devise ist, die Regierung solange zu unterstützen, wie sie

nicht gegen ihre Interessen handelt. Die Mitglieder dieser Gruppe gehören einem ökonomisch starken Sektor an, der aber nicht unbedingt aus dem Unternehmertum erwächst. Seinen Einfluss auf die Regierung übt dieser Sektor durch Personen aus, die nicht aus seinen engsten Strukturen kommen, sondern ihm zugetan sind und innerhalb der Regierung seine Interessen vertreten.

Kein Wunder also, dass der Diskurs von Colom oft widersprüchlich ist. So hat er z.B. auf der einen Seite versprochen, eine Versöhnung anzustreben, die auf der Anerkennung der Verantwortung des Staates an den Kriegsverbrechen basiert, und andererseits bei einer Militärparade erklärt, es sei endlich an der Zeit, im Buch der Geschichte Guatemalas eine neue Seite aufzuschlagen und den bewaffneten Konflikt hinter sich zu lassen. Ein weiteres Beispiel für diesen alles andere als kohärenten Diskurs ist das Weiterführen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, die Vergabe von Konzessionen an private nationale oder transnationale Unternehmen für den Bau von Infrastrukturprojekten auf der einen Seite und auf der anderen Seite das Versprechen: "Heute beginnt das Privileg der Armen".

Es bleibt abzuwarten, auf welche Seite das Pendel in diesem internen Machtkampf ausschlägt oder ob es gar die Figur des "lachenden Dritten" gibt.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto.-Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- •

Auslands-Abo: 60.- •

E-Mail-Abo: 50.- •

Erscheinungsweise 14-tägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

Das Hü und Hott in der Regierungspartei

Guatemala, 30. Mai. Erst wurde in ihrer Abwesenheit vom Exekutivkomitee der Partei angekündigt, die beiden führenden Abgeordneten der *Partei Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE), Mario Taracena und Manuel Baldizón wegen Disziplinarverstössen vor das Ehrentribunal der Partei zu zitieren. Taracena hatte daraufhin eine Aussprache mit Kongresspräsident und ebenfalls UNEMitglied Eduardo Meyer, der seitdem nicht mehr mit der Presse redet. Unklar ist, ob dieses Schweigen mit der von Taracena erhobenen Forderung in Verbindung steht, dass Meyer die Praxis der Vertragsschliessung und der Ausgabeführung des Kongresses offenlege. Plötzlich jedoch wurde die Ehrengleichheit als übereilt verworfen, die die beiden Betroffenen mit der Kritik kommentiert hatten, vor einer Verurteilung müsse jedem Angeklagten zumindest ein Prozess gemacht werden, sprich, das Exekutivkomitee müsse sich mit den gegen sie gerichteten Vorwürfen beschäftigen, bevor das Ehrentribunal hinzugerufen würde.

Anhaltende Kritik hat letztendlich auch Präsident Álvaro Colom zu einer grundlegenden Entscheidung veranlasst. Gerade noch hatte er die Schaffung des *Sonderkabinetts für Soziale und Umweltfragen* als Ersatz des bisherigen Sozialkabinetts bekanntgegeben, das je nach Bedarf von Vizepräsident Rafael Espada oder aber auch der Präsidentengattin Sandra Torres de Colom geleitet werde. Als Vorsitzende des *Nationalrates für Soziale Kohäsion* sei seine Frau schliesslich mit der sozialen Si-

tuation des Landes bestens vertraut. Diese Ernennung jedoch brachte das Fass der Verfassungswidrigkeiten in Bezug auf die Kompetenzen der Ersten Dame der Nation zum Überlaufen. Der Präsident des *Zentrums für die Verteidigung der Verfassung* (CEDECON), Mario Fuentes Destarac, wertete Sandras Kabinettsernennung als illegal, da sie für keine offizielle Funktion gewählt worden sei, sie könne also nicht einfach in eine solche Struktur einsteigen.

Colom machte daraufhin nicht nur diese Kabinettsentscheidung rückgängig, sondern sorgte bereits Mitte Mai mittels eines Regierungsabkommens für eine Neuregulierung des *Wohlfahrtssekretariats der Präsidentengattin* (SOSEP). Die Erste Dame wird nun zwar weiterhin die Aktivitäten des SOSEP mit anderen öffentlichen und privaten Instanzen koordinieren, die legale Repräsentation dagegen gehe ausschliesslich auf die Leiterin des Sekretariats, in diesem Fall derzeit Wendy Cuéllar, über.

So bleibt Sandras Aktionsradius derweil beschränkt auf den Kohäsions-Nationalrat, obwohl auch auf diesem Posten, der über der ministerialen Ebene angesiedelt ist, ihre Funktionskompetenzen verfassungswidrig sind.

Wollte Álvaro Colom seine Frau eigentlich aus dem Schussfeld der Kritik nehmen, scheint den Eheleuten die Verfassung des Landes grundsätzlich doch eher gleichgültig zu sein, bat de Torres doch dieser Tage im Namen von Präsident und Regierung in Panzós, Alta Verapaz "um Entschuldigung und Vergebung für alle Massaker, die von Mit-

gliedern des Militärs verübt wurden und deren Täter sich immer noch der Straflosigkeit erfreuten". Doch auch hier ist das Gesetz eindeutig und besagt, dass eine solche öffentliche Funktion nicht einfach zu delegieren sei. Vor allem, wenn es sich darum handelt, Verantwortlichkeiten des Staates anzuerkennen.

Der neue Leiter des *Nationalen Entschädigungsprogramms* (PNR), César Dávila, verwies bei der Veranstaltung in Panzós darauf, das PNR habe in den Verapaces bereits 2'000 Fälle bearbeitet, von denen 10% in Panzós seien. Doch kritisierte die *Nationale BäuerInnen- und Indígena-Koordination* (CONIC) es als nicht ausreichend, um Verzeihung zu bitten und zwischen 20'000 und 24'000 Quetzales - je nach Klassifikation des Opferstatus - an die Hinterbliebenen auszuzahlen. Es müssten im Fall Panzós dem Q'eq'chi-Volk endlich sein Land zurückgegeben und die intellektuellen und materiellen Täter des Massakers ausgemacht und verurteilt werden. Dabei sei es nicht genug, ein paar Ex-Patrouilleros, die einige Massaker verübt haben, zu bestrafen, denn diese hätten Befehle ausgeführt (siehe sep. Artikel). Vielmehr müssten diejenigen vor Gericht geführt werden, die die Befehle erteilt haben und die, die diese Aktionen finanziert haben, so die CONIC.

César Dávila war Aktivist der *Koordinationsstelle Sozialer Organisationen* (COS). Er übernahm die PNR-Direktion, nachdem Eswin Rudy Monterroso im März ums Leben kam, als er versuchte ein Kind aus dem Pazifik zu retten.

Mit dem DR-CAFTA gegen den Staat

Guatemala, 23. Mai. Obwohl Guatemala die meisten Konventionen der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) ratifiziert hat, bleibt das Thema Gewerkschaften ein rotes Tuch. Dabei wird das Recht auf gewerkschaftliche Freiheit in Form von Einschüchterungsversuchen, Belästigung und gar Mord von denjenigen Arbeitenden verletzt, die sich organisieren wollen, um kollektiv mit dem Arbeitgeber zu verhandeln. In diesem Jahr sind bereits fünf GewerkschafterInnen getötet worden.

Sechs guatemalteckische Gewerkschaften, unterstützt von der US-amerikanischen Gewerkschaftszentrale AFL-CIO, haben jetzt Anzeige erstattet gegen den guatemalteckischen Staat und berufen sich auf das *Arbeitskapitel des Freihandelsvertrages zwischen den USA, Zentralamerika und der Dominikanischen Republik* (DR-CAFTA).

Selbst Rubén Darío Morales, Vorsitzender der Arbeitskommission des

Kongresses, ist sich darüber im Klaren, dass 71 der ILO-Konventionen, die in Guatemala gültig sind, nicht erfüllt werden. Angesichts der Kritik der ILO tut er gut daran, just in diesem Zusammenhang anzukündigen, dass sich seine Kommission mit einer Neuarbeitung des Arbeitsgesetzbuches und mit Reformen des Gesetzes für Zivile Dienste beschäftigen will. Der DR-CAFTA ist derweil seit drei Jahren in Kraft.

Als Beispiel für die Verletzung des Gewerkschaftsrechtes wird in diesen Tagen der Fall des *Gremiums der Vertriebsarbeitenden des Petén* (SITRAPETEN) vorgeführt, die für die Getränkeverteilung der nationalen Herstellerfirma *Agua Salvavidas* tätig sind. Die Arbeitenden berichten, dass dreizehn ihrer KollegInnen gefeuert und die anderen zumindest bedroht und unter Druck gesetzt wurden, nachdem sie im Februar 2007 die Formalitäten zur Gewerkschaftsgründung aufgenommen haben. Zwar

zeigte sich das Unternehmen nach einem Streik der 13 Gekündigten bereit, diese ohne Konsequenzen wieder einzustellen, doch auf einmal zeigte es diese doch an. Den Beschuldigten wurde daraufhin gerichtlich auferlegt, 13 Mindestgehälter (ca. US-\$1'900) Strafe zu zahlen. Zudem habe das Arbeitsministerium fünf Mal ihren Gewerkschaftsantrag zurückgewiesen, was die Betroffenen als eindeutige Begünstigung der Interessen der *Corporación Castillo Hermanos*, einem mächtigen Unternehmenskonglomerat, das einen grossen Teil des nationalen Getränkemarkts kontrolliert und zu dem auch *Salvavidas* gehört, auslegen. Irgendwann wurde der Antrag doch genehmigt, aber kurz zuvor hatte die lokale Dependence von *Salvavidas* ihre vermeintliche Pleite verkündet.

Gegen das Mutterunternehmen und eine andere Tochter von *Salvavidas de Guatemala S.A.* liegen einige arbeitsrechtliche Klagen vor.

Gewalt und Bedrohung

Guatemala, 23. Mai. Vor wenigen Tagen hat die internationale Organisation *Vision of Humanity* im britischen *The Economist* die diesjährige Liste des *Globalen Friedensindex* (GPI) veröffentlicht. Zu den insgesamt 20 Variablen, die in die Index-Berechnung fließen, gehören das Kriminalitätsniveau, die politische Instabilität, Anzahl von PolizistInnen, die Mordrate, die Zahl inhaftierter Personen und der Zugang zu Waffen. Guatemala rutschte von Platz 93 (von 121 Ländern) im letzten Jahr auf Platz 103, von heuer 140 evaluierten Ländern. Vor Honduras, Haiti, Venezuela und Kolumbien gehört das Land nun zu den fünf gewalttätigsten Ländern des Kontinents. An weltweiter Spitze, also die friedlichsten sind Island, Dänemark, Norwegen, Neuseeland und Japan, am Listenden stehen Israel, Afghanistan, Sudan, Somalia und Irak.

Die Straflosigkeit innerhalb der Polizei ist unverändert, es ist kaum ein Fortschritt bei den Verurteilungen von Delikten noch in Bezug auf die öffentliche Sicherheit zu verzeichnen, kritisiert auch *Amnesty International* im Guatemala-Kapitel ihres Jahresberichtes, der jetzt in London veröffentlicht wurde.

Eine Widerspiegelung dieser Einschätzung stellen neben einer erneuten Welle von Lynchjustiz und dabei verübten Morden sowie einem sogar in der Öffentlichkeit wahrgenommenen Anstieg von Geiselnahmen die verstärkten Einschüchterungsversuche und Morddrohungen gegen RichterInnen, StaatsanwältInnen und andere Angestellte des Justizsystems dar. - Den Fall des Richters Cojulum hat der letzte ¡Fijáte! berichtet - In den letzten zwei Wochen sind drei dieser Drohungen umgesetzt worden. So wurde Mitte des Monats Vidal Barrillas Monzón ermordet, der als Richter am Berufungsgericht in Retalhuleu arbeitete, Anfang dieser Woche wurde der Distrikt-Staatsanwalt von Chiquimula, Rocael Pineda erschossen und am Ende derselben Woche wurde María Dolores Valdez Castillo mit einem Gewehrschuss in den Kopf getötet. Sie arbeitete als Sekretärin am Gericht.

Die Abteilung der Staatsanwaltschaft, die sich speziell den Drohungen gegen Justizangestellte widmet, hat im Laufe dieses Jahres bereits insgesamt 30 entsprechende Anzeigen entgegengenommen: 19 Drohungen gegen StaatsanwältInnen und 11 gegen RichterInnen. Das sind insgesamt 10% mehr als im letzten Jahr.

Auch Fredy Peccerelli, der Direktor der *Stiftung für anthropologische Forensik in Guatemala* (FAFG), die sich vor allem Exhumierungen von klandestinen (Massen-)Gräbern aus der Zeit des bewaffneten internen Konflikts und der Identifikation und Untersuchung der

Funde widmet, hat erneut eine Morddrohung erhalten, die fünfzigste, wie Peccerelli sagt - dieses Mal per E-Mail. Anders Kompass, Repräsentant des *UN-Hochkommissariats für Menschenrechte* (OACNUDH), rief zu einer Solidari-

tätsveranstaltung in die Räumlichkeiten der FAFG auf, an der lokale Menschenrechtsorganisationen und VertreterInnen der Botschaften von Schweden, Niederlande, Kanada, Spanien und der Schweiz teilnahmen.

Unwetterwarnung

Guatemala, 30. Mai. Erst letzte Woche ist in Palín, Escuintla, die Alarmstufe Rot ausgerufen worden. Heftige Regenfälle hatten zur Folge, dass zahlreiche Wohnhäuser und Autos von Schlammlawinen überrollt wurden. Eine Frau kam dabei ums Leben.

Zahlreiche Flüsse sind bereits deutlich angestiegen, so dass die *Nationale Katastrophenschutzkoordinationsstelle* (CONRED) seit Wochenanfang die Gelbe Alarmstufe für das ganze Land verordnete. In diesen Tagen wird nämlich die Ankunft des sich bereits zum Tropensturm entwickelten Tiefs *Alma* über Guatemala erwartet. *Alma* hat bereits an der Pazifikküste Costa Ricas gewütet und zieht jetzt Richtung Norden. CONRED ruft die Bevölkerung in den nord-östlichen Regionen des Landes, in den Departements Petén, Izabal, Zacapa, Chiquimula und Jutiapa, zu besonderer Vorsicht und Aufmerksamkeit auf. Sie sollten sich sicherheitshalber schon einmal mit ausreichend Trinkwasser versorgen und sich überlegen, wo sie im Notfall unterkommen können. Die ersten Gemeinden sind bereits evakuiert worden. Im Departement Izabal wartet man derweil schon dringend auf Hilfe, da der Regen auch hier bereits zahlreiche Häuser unbewohnbar gemacht haben. Die BewohnerInnen klagen, dass die Autoritäten zwar zur Schadensbegutachtung gekommen seien, seitdem sind sie aber

wieder ganz allein gelassen. Dabei brauchen sie unbedingt Wellbleche, Holzbretter und Nägel, um zumindest provisorische Unterkünfte zu bauen.

Somit ist die Regenzeit schon wieder eingeläutet und sorgt von Anfang an für gefährliche Schäden und verheerende Zerstörungen. Voraussichtlich bis Ende Juli werden starke Regen und Gewitter auf Guatemala niedergehen. Als Folge davon kann es wie beim Tropensturm Stan im Oktober 2005 zu Erdbeben und Überschwemmungen kommen. Die US-amerikanische Hurrikan-Beobachtungsstelle hat für dieses Jahr zwischen 12 und 16 Stürme ausgemacht, 6 bis 9 davon können sich in Hurrikans verwandeln, zwei davon in sehr starke, und einer davon könnte über Guatemala gehen, so die Vorhersagen.

Mehr als zwei Jahre nach Stan warten indes immer noch 700 Familien in Notunterkünften auf Hilfe von der Regierung, um sich ein neues Haus zu bauen. Derweil liegen 107 Mio. Quetzales unangetastet in einem Treuhandfonds, die von den ehemaligen Zivilpatrouillen (Ex-PAC) extra zweckgebunden gespendet worden waren (siehe auch sep. Artikel). Salvador Gándara, Koordinationssekretär der Exekutive, erklärte nun, dass es eines gesonderten Regierungsabkommens bedürfe, um diese Spenden zu billigen, zudem müsse der Kongress den entsprechenden Etat aufstocken.

Umweltpreis für Guatemaltekinen

Guatemala, 29. Mai. Die guatemaltekischen Biologinnen Marleny Rosales und Susana Hermes wurden dieser Tage von der britischen Prinzessin Anne als Preisträgerinnen geehrt, als die sie der *Whitley Fund for Nature* (WFN), eine britische Umweltstiftung, aus mehr als 100 internationalen BewerberInnen ausgewählt hat. Insgesamt wurden 11 PreisträgerInnen gekürt, zwei bekamen den Golden Preis, mit £ 60'000 dotiert. Die neun anderen GewinnerInnen erhielten eine mit £ 30'000 (ca. US-\$ 60'000) dotierte Prämie, die als eine Art Stipendium begleitet wird von fachlicher Beratung ihres weiteren Forschungsprozesses durch die WFN und internationale ExpertInnen.

Seit 2000 arbeiten die beiden Biologinnen an der Dokumentation und Erforschung der Beziehung zwischen traditionellem Wissen, Weisheit und Praxis der Q'eq'chi in Bezug auf die nachhaltige bzw. Subsistenzjagdpraxis und den Schutz der Fauna im Gebiet der Laguna Lachuá, Alta Verapaz. Nach ersten Studien am Anfang setzen sie jetzt bereits Projekte um.

Edward Whitley, Gründer der seit 15 Jahren verliehenen Umweltpreise, unterstrich die Arbeit der Guatemaltekinen als Beitrag zum Aufbau einer Zukunft, in der die Natur und die Menschen in einer Weise nebeneinander existieren können, von der beide Seiten profitieren.

Urteil gegen Ex-PAC wegen Massaker in Río Negro

Guatemala, 29. Mai. Sechszwanzig Jahre nach dem Massaker in der Gemeinde Río Negro, Baja Verapaz, bei dem 177 Menschen ermordet wurden, verurteilte das Strafgericht von Salamá gestern fünf Personen zu insgesamt 780 Jahren Haft. Ein Angeklagter wurde freigesprochen, da es keine Beweise für seine Teilnahme an der Tat gibt und niemand der ZeugInnen gegen ihn aussagte. Die 780 Jahre sind das Summenergebnis von je 30 Jahren Haft für den Mord an insgesamt 26 Personen. Letztendlich werden die verurteilten Männer jedoch maximal nur 30 Jahre in Haft sein, die Höchststrafe für Mord des dem Prozess zugrunde gelegten Gesetz von 1969. Alle fünf sind Mitglieder der ehemaligen *Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen* (PAC). Neben ihrer Haftstrafe müssen sie laut Urteil noch 100'000 Quetzales (ca. US-\$ 13'500) an die Familienangehörigen der Opfer zahlen. Gleichzeitig wurde die Verhaftung eines flüchtigen Militärhauptmanns und zwei weiteren Ex-PAC aus dem Dorf Xocoj angeordnet.

Die Urteilsverkündung fand unter strikten Sicherheitsmassnahmen statt, 40 zusätzliche Polizeikräfte wurden in der Gegend ausgesendet, da gewalttätige Reaktionen sowohl von den Familienangehörigen der Opfer oder auch der Verurteilten befürchtet wurden.

Juan de Dios García, einer der NebenklägerInnen, erklärte: "Es wurde Recht gesprochen; auch wenn wir wissen, dass uns damit unsere Lieben nicht zurückgegeben werden, haben wir zumindest nach so langer Zeit erlebt, dass ein Urteil gesprochen und unsere Petitionen gehört wurden." Gleichzeitig bedauern die Angehörigen der Opfer, dass in dem Prozess zu keinem Zeitpunkt Themen wie der Genozid, Folter oder Massaker angesprochen wurden.

Während der Anwalt der Verteidigung ankündigte, Einspruch zu erheben, bezeichnete auch die Staatsanwältin Rosa Salazar das Ergebnis als zufriedenstellend, "nachdem wir uns durch so viele legale Kleinkriege boxen mussten. Es ist ein gutes Resultat herausgekommen dank der Zusammenarbeit der Personen, die gegen die Verurteilten ausgesagt haben."

Im Bericht der Wahrheitskommission CEH wird ein Massaker am 13. März 1982 unter der Regierung von Romeo Lucas García aufgeführt, bei dem laut Bericht im Dorf Río Negro 177 Personen vom Militär umgebracht wurden, nachdem sich die Bevölkerung gegen den Bau des Wasserkraftwerkes Chixoy aufgelehnt hatten. Der REMHI-Bericht detailliert, dass an jenem Tag 12 Militärs in Begleitung von 15 PAC aus der Gemeinde Xococ nach Río Negro kamen und von Haus zu Haus gingen, um nach den Männern zu fragen, die sich jedoch nicht im Ort aufhielten. Daraufhin wurden alle DorfbewohnerInnen zusammengebracht und gezwungen, 3 Kilometer den nächsten Berg hochzusteigen. Dort wurden die Frauen und Kinder auf brutalste Weise umgebracht, laut den ZeugInnen starben dabei 70 Frauen und 107 Kinder.

GemeindevorsteherInnen versichern indes, dass es noch vier weitere Massaker in der Gegend gegeben habe, die aber nicht dokumentiert worden seien. Insgesamt seien dabei 444 Personen ermordet worden.

Wenige Tage zuvor war von den Ex-PAC aus zwei unterschiedlichen finanziellen Gründen die Rede gewesen: In Chimaltenango hatten mehrere Ex-PAC die zwei Kongressabgeordneten Efraín Oliva und Jorge Gordillo von der Fraktion Guatemala beschuldigt, diese würden Geldzahlungen fordern, um den dritten Teil der vor mehr als vier Jahren -

noch unter Ex-Präsident Alfonso Portillo - begonnenen Auszahlung von Entschädigungsgeldern an die Ex-PAC wegen ihrer "Dienste am Vaterland" voranzutreiben. "Sie bringen unsere Leute ganz durcheinander, denn wir alle warten auf die dritte Auszahlung, und auf einmal kommen sie mit Namenslisten von denen, die das Geld bekommen sollen, aber nur die, die eine Kommission zahlen, würden da drauf stehen", beschwert sich Clemente Culajay, Ex-PAC-Vorsteher des Departements.

Salvador Gándara, Koordinationssekretär der Exekutive, versicherte, die Vorwürfe zu untersuchen und bei Bedarf Anzeige gegen die Abgeordneten zu erstatten. Gordillo, einer der Beschuldigten und bis April 2007 Koordinator des Betreuungssekretariats für die Ex-PAC, wies die Anschuldigungen von sich.

Derweil denunzierte die Abgeordnete der Partei *Encuentro por Guatemala* (EG), Nineth Montenegro, eine Reihe von Anomalien rund um den Treuhandfonds "Wälder und Wasser für die Eintracht", der für die erwähnten Auszahlungen an die Ex-PAC eingerichtet worden war. Als Alternativmassnahme zu den Direktauszahlungen wurde unter Ex-Präsident Oscar Berger ein Wiederaufforstungsprogramm gestartet, bei dem die Ex-PAC Bäume pflanzen mussten und dafür einen Lohn bekamen. Im Zusammenhang mit der katastrophalen Zerstörung durch den Tropensturm Stan im Oktober 2005 wurden die Ex-PAC zudem aufgefordert, von diesem Geld 200 Quetzales für den Wiederaufbau zu spenden. Montenegro hat jetzt enthüllt, dass diese Gelder immer noch auf den Konten der *Nationalen Kredit- und Hypothekenbank* (CHN) liegen, sich zwar inzwischen Zinsen angesammelt hätten, aber die Bank hohe Kontogebühren kassiere.

Prekäre Gesundheitssituation indigener Frauen

Guatemala, 29. Mai. Öffentliche Institutionen und private Gruppierungen nutzten den *Welttag zu Gunsten der Gesundheit der Frau* am 28. Mai, um auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, mit denen die indigenen Frauen konfrontiert sind, um medizinische Behandlung zu erhalten. Diese führten dazu, dass die Müttersterblichkeit bei indigenen Frauen dreimal höher ist als bei Ladinas. Ähnlich prekär ist auch die Überlebenswahrscheinlichkeit ihrer Kinder in den ersten Lebensjahren. Betroffen seien als indigene Frauen 22% der Bevölkerung.

Leticia Toj von der Gesundheitsvereinigung *Rxiin Tinamit* in Sololá, wies darauf hin, dass der Betreuungsmangel zum einen an den fehlenden Geldern lie-

ge, um diese den lokalen Gesundheitszentren zukommen zu lassen. Gleichzeitig gibt es aber selbst von diesen Einrichtungen in den ländlichen Gegenden zu wenige. Dazu kommt in den meisten Fällen, dass keine DolmetscherInnen zugegen sind und die Behandlung nicht den kulturellen Gepflogenheiten der Patientinnen entspricht. "Wir dürfen nicht zulassen, dass noch mehr Frauen sterben, wenn sie gebären und es in 90% der Fälle zu verhindern wäre", appelliert Toj und fordert mehr Gelder für Gesundheitsprogramme, die an die indigene Kultur angepasst sind.

Das Gesundheitsministerium ist sich seiner Schwächen durchaus bewusst. Nur 10% seines Personals spre-

che eine Maya-Sprache.

Rosana Cifuentes, Vorsitzende der *Vereinigung der Medizinerinnen*, forderte die Exekutive auf, die Muttersterblichkeit im Land zum nationalen Notstand zu deklarieren. In vielen Krankenhäusern gäbe es weder spezielle Medikamente noch ausgebildetes Personal, um Notfälle bei Geburten zu betreuen.

Ein weiteres Problem sei der Zugang zu Methoden der Familienplanung, so Cifuentes. Immer noch steht die Billigung des Reglements aus, dass seit der Verabschiedung des *Gesetz zum Universalen und gleichberechtigten Zugang zu Dienstleistungen der Familienplanung* im Mai 2006 auf seine Umsetzung wartet (siehe ¡Fijáte! 359).

¡Híjole...! Die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Der Geruch der menschlichen Verzweiflung

Der Franzose Pierre Mac Orlan schrieb: "Nichts riecht so sehr nach menschlicher Verzweiflung wie das Erdöl". Dies ist das Mindeste, was man zu diesem zähflüssigen schwarzen Rohstoff sagen kann, der die westliche Zivilisation bis zum Selbstmord berauscht; der das nordamerikanische Imperium - das zerstörerischste der ganzen Geschichte - zementiert hat; der die Geografie vieler Länder festgelegt hat; der hunderte von Kriegen in Asien, Afrika und Lateinamerika, darunter auch in Guatemala, vom Zaun gebrochen oder eine wichtige Rolle darin gespielt hat; der wesentlich zum schlechten Zustand der Umwelt und zum Klimawandel beiträgt und der die spekulativen Geschäfte der Chefs grosser Konzerne nährt.

Die erwartete Hungersnot sorgt weltweit für Schlagzeilen, die Möglichkeiten wütender Aufstände beschäftigt die höchsten Institutionen der Welt: Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-Moon, fürchtet, eine "erdrutschartige Krise" könnte das Wachstum und die Sicherheit auf der Welt gefährden, und der geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds versichert mit Blick auf die sich ankündigenden massiven Proteste der Hungernden, dass "das Schlimmste erst noch kommt".

Allerdings gilt es klarzustellen, dass dies nicht die Schuld des Erdöls ist, sondern der animalischen Rohheit, mit der die PolitikerInnen und UnternehmerInnen es nutzen - es missbrauchen -, seit es wunderbarerweise und im Überfluss auf der Erdoberfläche erschienen ist. Menschen und Unternehmen mit keiner anderen Ethik als der des Profits bemächtigten sich des schwarzen Goldes und machten es zu einem Instrument ihrer sich ausbreitenden Herrschaft, indem sie Nationen unterwarfen und das Gleichgewicht des Planeten veränderten.

Heute erschauern die Erde und ihre BewohnerInnen, weil die Eigentümer des Erdöls, zusammen mit anderen, wie ein Olymp voller ungestrafter Götter über die Nationen herrschen und tollkühn mit den Preisen spekulieren. Der Preis von Rohöl ist innerhalb zweier Jahre von 60 auf 127 Dollar gestiegen und hat Preiserhöhungen der täglichen Gebrauchsgüter nach sich gezogen. Die "Götter des grossen Marketings" zögern nicht, endlose Kriege, Hungerkrisen und unwiderrufliche Umweltzerstörung zu verursachen.

Die Spekulanten erproben neue

Deals, um die weltweiten Energieresourcen zu kontrollieren. Sie fördern Agrotreibstoffe, die aus Getreide und anderen Grundnahrungsmitteln hergestellt werden, was die Verfügbarkeit von Lebensmitteln weiter reduziert. Um den 95 Liter-Tank eines Autos zu füllen, werden gut 200 Kilo Mais benötigt, so viel wie eine Person braucht, um sich ein Jahr lang ernähren zu können!

Die globalen Spekulanten, unter ihnen die Grossbanken, schmieden Allianzen mit den Konzernen, welche den Saatgut- und Getreidemarkt kontrollieren, um in sogenannte Zukunftsmärkte zu investieren, mit der Aussicht, dass die Preise weiter ansteigen. "Je höher die Preise sind, desto mehr Hunger gibt es in der Welt und desto grösser sind die Profite." (Boaventura de Sousa Santos) Gemäss der Welternährungsorganisation FAO ist genau das passiert: Die Getreidepreise sind zwischen März 2007 und März 2008 um 88% gestiegen, gleichzeitig konnte das weltweit grösste Saatgutunternehmen, der US-Konzern CARGILL, seinen Gewinn um 83% steigern.

Es schauert uns. Einige AutorInnen bezeichnen diese Vorgehensweisen als eine Art Schocktherapie, welche die Herren der Welt mit der perversen Absicht, Unterwerfung, Schweigen und somit endlose Ausbeutung der Ressourcen zu garantieren, auf Völker und ganze Kontinente anwenden. Die Leute sind verblüfft und hilflos angesichts der Brutalität dieser Vorgehensweisen. Diese Situation nutzen die perversen Götter, um mit manipulativen Strategien die öffentliche Meinung zu beeinflussen, Ablenkungsmanöver zu führen und Phantasmen wie den Terrorismus oder den Drogenhandel zu beschwören.

Und wenn diese Methoden nicht funktionieren, greifen sie zusätzlich zu Intrige und politischer Destabilisierung, Krieg oder Staatsterrorismus, heizen das vor Ort vorhandene Konfliktpotential auf, oft mit ethnischen Komponenten. Beispiele dafür sind die Kriege im Nahen und Mittleren Osten oder die Aufstandsbekämpfung in Guatemala.

Ein anderes aktuelles Beispiel ist Bolivien. Hinter dem Referendum über den autonomen Status des Departements Santa Cruz steckt die schmutzige Hand der USA, in Gestalt ihres Botschafters Philip Goldberg, der damals auch die Aufspaltung Jugoslawiens vorangetrieben hatte. In Bolivien wird mit den impe-

rialen Interessen das Ziel verfolgt, das Amazonasgebiet sowie die Gas- und Wasservorkommen zu kontrollieren und den südamerikanischen Integrationsprozess zu vereiteln - während die BefürworterInnen des Autonomiereferendums von rassistischen Beweggründen angetrieben wurden. Ich habe gelesen, dass die aus Santa Cruz stammende bolivianische Teilnehmerin am Miss Universe-Wettbewerb 2004 ihre bolivianische Identität mit abschätzigen Worten gegenüber bestimmten Ethnien ausdrückte: "Die Leute meinen, dass wir (in Bolivien) alle Indios seien. La Paz zeigt dieses Bild der armen Leute, die von kleiner und indianischer Statur sind... Ich repräsentiere die andere Seite des Landes, den Osten... Wir sind gross, weiss und sprechen Englisch." Wie einfach ist es doch, Ähnlichkeiten zwischen Bolivien und Guatemala zu finden!

* * *

Die menschliche Verzweiflung ist kein Naturphänomen, sondern hat menschliche Gründe. Im Leitartikel der guatemalteckischen Tageszeitung *el Periódico* vom 17. Mai wurde über die wieder aufwallende Lynchjustiz, die in letzter Zeit mehrfach ausgeübt worden ist, geklagt. Der Autor findet es abscheulich, dass die Bevölkerung mit diesem "primitiven Strafverhalten" um Jahrhunderte zurückfällt.

Man muss aber auch den Geruch der menschlichen Verzweiflung riechen. Was können wir, von Kriminellen bedroht, anderes tun, wenn mehr als 90% der Verbrechen in Guatemala ungestraft bleiben? Sollen wir uns an eine der privaten Sicherheitsfirmen wenden, die dem Sicherheitsberater des Innenministeriums - jawohl! - Gilberto A. Ruano Tejada gehören? Oder sollen wir zu unserer Verteidigung eine Waffe in den einschlägigen Geschäften einiger Staatsfunktionäre kaufen?

Natürlich verurteile ich die Lynchmorde wie auch die Todesstrafe. Aber ich verstehe die Verzweiflung der Leute sehr genau. Verzweiflung, die sich in unbeschreibliche Wut verwandeln würde, wenn die Leute merken, dass die Straflosigkeit schmutzige politische Abmachungen und gefährliche Handel versteckt.

Ist also nicht die guatemalteckische Straflosigkeit, mehr noch als die Lynchjustiz, ein institutionalisierter Strafprimitivismus?

Vielen Dank an Yvonne Joos für die Übersetzung!